



Liebe Leserinnen und Leser,

kürzlich war ich gemeinsam mit Uwe Schummer, dem Beauftragten der CDU/CSU Bundestagsfraktion für Menschen mit Behinderung, zu Besuch beim dem Betriebsrat und der Schwerbehindertenvertretung von VW Salzgitter. Auf gemeinsame Initiative von Helmut Greiner, der Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen bei VW und mir kam das Treffen am 27. Mai 2015 zustande.

Bei dem mehrstündigen Gespräch mit dem Betriebsratsvorsitzenden Andreas Blechner ging es um die Frage, wie Schwerbehindertenvertretungen gestärkt werden können und welche Rolle ihnen in Unternehmen zukommt. Teil des Gesprächs war die Besichtigung einer neuen Produktionslinie, die altersgerechtes und integratives Arbeiten fördert. Das Ziel des zukunftsweisenden Konzepts ist es, dass zu je einem Drittel Arbeitnehmer die unter und über 50 Jahre alt sind sowie Arbeitnehmer mit einer Behinderung zusammenarbeiten.



v.l.n.r. Uwe Lagosky (MdB), Uwe Schummer (MdB), Christina Paul (verantwortlicher Meister), Helmut Greier (Schwerbehinderten Beauftragte), Andreas Blechner (Betriebsratsvorsitzende)

Die Produktionslinie erfasst zudem für jeden Arbeitnehmer die optimale Arbeitsbedingung, indem sie Montagehilfen und Werkzeuge auf individuelle Maße einstellt. Die Mehrkosten von etwa 7 Millionen Euro werden sich dabei voraussichtlich zügig durch eine gesteigerte Produktivität amortisieren.

Vorzeigeprojekte wie die neue Produktionslinie bei VW fördern den Arbeitnehmerschutz und sorgen zugleich für eine stärkere Inklusion in Betrieben. Damit haben die Mitarbeiter zudem beste ergonomische Voraussetzungen und eine altersübergreifenden Zusammenstellung der Teams sorgt für eine gute Grundstimmung.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

KURZ UND BÜNDIG

- 25. Mai** Deutscher Mühlentag Bockwindmühle Abbenrode
- 22. Mai** 19Uhr Traditionelles Spargelesen des CDU-Ortsverbandes Salzgitter Beddingen
- 04. Juni** 18.30Uhr Traditionelles Spargelesen des CDU-Ortsverbandes Salzgitter Lebensstedt
- 07. Juni** Schützenfrühstück des Schützenvereins Hemkenrode e.V. 1980 zum 35 jährigen Jubiläum
- 18. Juni** Gespräch der Arbeitnehmergruppe zum Tarifkonflikt bei der Deutschen Post

DABEI SEIN – TERMINE

- 20. Juni** 140 jähriges Bestehen der Freiwilligen Feuerwehr Amleben
- 20. Juni** Bürgerdialog Standortsuche der Endlagerkommission in Berlin
- 21. Juni** 9.30 Uhr Gottesdienst und Bürgerfrühstück in der Sporthalde Sehlde
- 26. Juni** 21 Uhr Fastenbrechen der Türkisch-Islamischen Gemeinde Salzgitter-Lebenstedt



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Einer von uns in Berlin Sitzungswochen vom 8. bis 19. Juni 2015

Deutschland und Europa. Die letzten Wochen vor der Sommerpause halten eine Reihe von Herausforderungen für uns bereit, die wir besonnen und entschieden angehen werden. Das gilt insbesondere für die Bund-Länder-Gespräche zur Flüchtlingspolitik. Die Herausforderungen sind hier in der Tat so drängend, dass der Bund, die Länder und ihre Kommunen sie im Rahmen einer Verantwortungsgemeinschaft angehen müssen. Zu einer echten Verantwortungsgemeinschaft gehört allerdings, dass alle Beteiligten konkret bezifferte und ausformulierte Lösungsbeiträge leisten und verlässlich umsetzen. Mit Absichtserklärungen allein lassen sich die Probleme der Menschen nicht lösen.

Diese Erfahrung macht offenbar auch die griechische Regierung, die mit ihrer sprunghaften Verhandlungstaktik ihre europäischen Partner und weltweiten Kreditgeber auf eine schwere Probe stellt. Mit Sorge haben wir den zwischenzeitlichen Abbruch der Verhandlungen durch den Internationalen Währungsfonds zur Kenntnis genommen. Ohne einen gemeinsamen Vorschlag der Institutionen geht es nicht.

Wir wollen Griechenland als Teil der Eurozone halten. Wir stehen zu unserem Grundsatz – es gibt keine Leistung ohne Gegenleistung. So sind die Hilfsprogramme aufgebaut, die ohne Einhaltung der gegenseitigen Verpflichtungen nicht greifen können. Aber nicht nur das Scheitern Griechenlands hätte schwerwiegende Folgen. Mindestens ebenso verheerend wäre es, wenn in der EU – die nur als Gemeinschaft des Rechts die jahrhundertalten Gräben in Europa hat überwinden können – Vereinbarungen und Verträge nicht mehr gelten würden.

Wertegebundene Verantwortung. Das Treffen der sieben großen demokratischen Industrienationen in Elmau hat das Bekenntnis zu den gemeinsamen Werten von Freiheit und Recht deutlich unterstrichen. Die

G7 bleiben bei der Beurteilung der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und den Konsequenzen daraus einig. Und sie machen deutlich: Wirtschaftliche Größe oder internationale Bedeutung allein reichen nicht zur Teilnahme; die G7 sind kein Club der Beliebigkeit.

Der Gipfel hat nicht nur wunderschöne Bilder von Deutschland in die Welt transportiert, sondern - vielmehr von vielen unerwartet - konkrete Ergebnisse erzielt. Hier wird die deutsche Handschrift deutlich: Die klare Bekräftigung der Klimaziele und die Hinwendung zu den drängenden Problemen unseres Nachbarkontinentes Afrika unterstreichen, wie wichtig die Begegnungen der G7 sind – und welche positive Effekte die Beschlüsse gerade für die Ärmsten der Welt haben können.



Die Regierungschefs der G7 in Elmau

Dieser G7-Gipfel ist deshalb auch ein Erfolg für Bundeskanzlerin Angela Merkel. Gleichzeitig haben die Polizei- und Sicherheitskräfte ausgezeichnete Arbeit geleistet, um den reibungslosen Ablauf des Gipfeltreffens zu gewährleisten.

Qualitativ gute und schnell erreichbare Versorgung aller Patienten. Die Sicherung der medizinischen Versorgung, insbesondere auf dem Land, wurde bereits mit dem Versorgungsstrukturgesetz in der letzten Wahlperiode verbessert. Das zweite Versorgungstärkungsgesetz, das in diesen Wochen abschließend beraten wird, stellt den Versorgungsalltag der Versicherten erneut in den Mittelpunkt. Konsequenterweise aus dem Blickwinkel der Patienten geht es um eine



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU

medizinische Versorgung, die in Stadt und Land gut erreichbar und qualitativ hochwertig ist - in der Praxis, im Krankenhaus, beim Haus- und beim Facharzt.

In ländlichen Räumen bereitet vielerorts nicht erst die Facharzt-, sondern schon die Hausarztversorgung Sorgen. Das Gesetz stärkt daher die Anreize für Ärzte, sich niederzulassen. Künftig haben die Kassenärztlichen Vereinigungen die Möglichkeit, mit vielfältigen Maßnahmen vom Stipendium bis hin zur Niederlassungshilfe einen Beitrag zu leisten, damit Unterversorgung erst gar nicht entsteht. Sie können in eigener Regie in ihrer Region Strukturfonds einrichten, um die Niederlassung zu steuern. Darüber hinaus werden Praxisnetze stärker gefördert und die Möglichkeiten medizinischer Versorgungszentren erweitert. Der niedergelassene freiberufliche Arzt ist und bleibt das Rückgrat der ambulanten Versorgung.

Neben Maßnahmen in unterversorgten Gebieten, gibt es auch solche für Gebiete, die überversorgt sind, und in denen Ärzte ihre Praxen aufgeben wollen. Eine passgenaue Verteilung ärztlicher Ressourcen wird Schritt für Schritt erfolgen. Keine bestehende Praxis wird vom Netz genommen. Bei besonderem Versorgungsbedarf wird nachbesetzt. Das letzte Wort hat die Ärzteschaft. Zugleich geht es darum, die Versorgung klug weiterzuentwickeln. Mit einem Innovationsfonds sollen gezielt Projekte gefördert werden, die neue Wege in der Versorgung beschreiten. Auch stärkt das Gesetz die Patientenrechte: Termin-Servicestellen helfen gesetzlich Versicherten gemeinsam mit den Ärzten zeitnah an einen Facharzttermin zu kommen. Die freie Arztwahl bleibt erhalten.

Die ambulante medizinische Versorgung wird durch ein umfassendes Bündel von Maßnahmen gestärkt und weiterentwickelt. Eine qualitativ gute und schnell erreichbare Versorgung aller Patienten hat oberste Priorität. Dazu hält dieses Gesetz einen umfassenden Katalog von Anreizen und finanzieller Unterstützung bereit.

17. Juni 1953 – Für Freiheit, Recht und Einheit. Auf unsere Anregung hin fand in diesem Jahr statt der üblichen Gedenkstunde eine vereinbarte Debatte zum Volksaufstand in der DDR statt. Der 17. Juni 1953 markiert einen wichtigen Punkt in der Geschichte unseres Landes und wurde daher zu Recht zum „Nationalen Gedenktag des deutschen Volkes“ erklärt.



Der Reichstag spiegelt sich im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus

Mehr Geld für Familien – Abbau der Kalten Progression. Durch die gute Wirtschafts- und Finanzpolitik der unionsgeführten Bundesregierung sind wir in der Lage, Arbeitnehmer und Familien um über 5 Milliarden Euro steuerlich zu entlasten. All dies ist möglich, ohne an anderer Stelle die Steuern zu erhöhen oder neue Schulden zu machen. Wer nach einem Markenzeichen der Union sucht, wird es hier finden.

Mit dem Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags beschließen wir einen weiteren Anstieg der verfügbaren Einkommen. Den Schwerpunkt Familie und Kinder unterstreichen wir, indem wir außerdem den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende anheben. Und auch eine weitere berechnete Forderung der Union kann endlich umgesetzt werden: Mit diesem Gesetz bauen wir die kalte Progression ab 2016 ab. Die Regelungen im Detail:

Der steuerliche Grundfreibetrag wird im Jahr 2015 um 118 auf 8.472 Euro und im Jahr 2016 um weitere 180 auf dann 8.652 Euro erhöht.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Davon profitieren, wie vom Abbau der kalten Progression, alle Einkommensteuerzahler. Die „Steuerbremse“ greift durch Rechtsverschiebung der Tarifeckwerte um ca. 1,5 Prozent.



Abgeordnete bei der namentlichen Abstimmung im Plenum

Familien profitieren zudem von der Erhöhung der Kinderfreibeträge. Der verfassungsgemäß gebotene Kinderfreibetrag wird für 2015 um 144 Euro und für 2016 um weitere 96 Euro erhöht, um das Existenzminimum steuerfrei zu stellen. Darüber hinaus wird das Kindergeld in gleichem Verhältnis für 2015 um 4 Euro und 2016 um weitere 2 Euro pro Monat und Kind erhöht. Außerdem wird im kommenden Jahr der Kinderzuschlag um einen Betrag von 20 Euro auf dann 160 Euro monatlich angehoben. Auch der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende wird 2015 um 600 Euro auf 1.908 Euro angehoben. Zudem wird er für jedes weitere im Haushalt lebende Kind um 240 Euro aufgestockt.

Diese Beschlüsse passen sich in unsere familienfreundliche Politik ein. Mit der erheblichen finanziellen Unterstützung des Bundes zum Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur, der Einführung eines Rechtsanspruchs für unter drei Jahre alte Kinder auf einen Betreuungsplatz, dem Elterngeld und dem Betreuungsgeld haben wir in den letzten Jahren viel für die Förderung von Familien und Kindern getan.

Gesetz zur Entlastung insbesondere der mittelständischen Wirtschaft von Bürokratie. Wir haben das Bürokratieentlastungsgesetz in 2./3. Lesung

beraten und beschlossen, mit dem wir insbesondere mittelständische Unternehmen von zahlreichen Aufzeichnungs- und Meldepflichten entlasten. Insgesamt sollen diese Bürokratiekosten der Wirtschaft um rund 744 Mio. Euro pro Jahr sinken. Das zuständige Bundeswirtschaftsministerium hat zugesagt, dass weitere Schritte folgen werden.

Fraktionskongress zum Thema Breitbandausbau. Die digitalisierte Wirtschaft braucht starke Lebensadern: ein leistungsfähiges Festnetz und gute Mobilfunknetze. Deshalb hat sich die Koalition zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2018 eine flächendeckende Breitbandversorgung von mindestens 50 Megabit pro Sekunde sicherzustellen. Über den Weg dorthin, über Herausforderungen und Schwerpunkte diskutierte die Unionsfraktion mit Experten aus der Wirtschaft und den Kommunen auf einem Kongress am Montag. „Ohne Breitband wird es keine umfangreiche Digitalisierung geben“, stellte Ulrich Lange, Sprecher für digitale Infrastruktur der CDU/CSU Bundestagsfraktion, fest. Mit mehr als einer Milliarde Euro, die der Bund an Fördermitteln für den Netzausbau gibt, stehe erstmals ein nennenswerter Betrag zur Bewältigung dieser Infrastrukturherausforderung zur Verfügung, sagte Lange. „Dennoch ist es zu wenig, um es mit der Gießkanne zu verteilen.“

Wie wichtig und umfassend der Breitbandausbau ist, verdeutlichte auch CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder. Er forderte Investitionen nicht nur in den Ballungsgebieten, sondern vor allem in den ländlichen Regionen: „Breitbandausbau kann nicht heißen, wir bauen dort aus, wo es sich finanziell lohnt.“ Gerade auf dem Land brauche der Mittelstand den Breitbandausbau dringend, um wirtschaftlich mit der Konkurrenz Schritt halten zu können. Von den „weißen Flecken“ auf dem Land berichtete Sven Hinterseh, Landrat aus dem Schwarzwald-Baar-Kreis: „Je weniger Menschen, desto weißer die Flecken.“ Der Schwarzwald-Baar-Kreis ist ein Flächenlandkreis von 1.000



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU

Quadratkilometern, dünn besiedelt, aber mit vielen mittelständischen Unternehmen, darunter Weltmarktführern, die auf Breitband angewiesen sind. Mit Blick auf diese sprach Hinterseh von einer „enormen Herausforderung“.

Einen Blick auf den Alltag in der vernetzten Welt warf die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium, Dorothee Bär. 56 Prozent der Kinder zwischen sechs und sieben Jahren beschäftigten sich mit Online-Spielen, berichtete sie. 85 Prozent der Zwölfjährigen seien mit dem Smartphone unterwegs. Dies zeige, wie gewaltig der Umbruch in der Gesellschaft sei. Gleichzeitig stellte Bär fest: „Wir stehen nicht schlecht da. Ende 2014 waren 66 Prozent aller Haushalte mit 50 Megabit versorgt.“ Der EU-Kommissar für digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Günther Oettinger, brachte die europäische Perspektive ins Spiel. Oettinger plädierte für einen digitalen europäischen Binnenmarkt – eine „Digitalunion“. Gerade mit Blick auf die Datensicherheit sei dies dringend notwendig. Datensicherheit wird seiner Meinung nach wichtiger sein als der Datenschutz. Das sogenannte Cloud Computing – die Auslagerung von Daten auf ein externes Rechenzentrum – werde der Mittelständler nur akzeptieren, wenn er darauf vertrauen könne, dass seine Daten sicher sind. Angesichts der wachsenden Datenmenge forderte Oettinger: „Die digitale Infrastruktur muss das Projekt der nächsten fünf bis acht Jahre sein.“ Der EU-Kommissar schätzt, dass in naher Zukunft der Bedarf sogar auf 100 bis 1.000 Megabit steigen könnte. Daher forderte er mehr Tempo: „Die Investitionen müssen jetzt gemacht werden. In fünf Jahren ist es zu spät.“

Besuchergruppen

Besuch der Emil-Langen-Realschule in Berlin. Im Verlauf ihrer Berlinreise besuchte die Klasse 9.4 der Emil-Langen-Realschule aus Salzgitter Lebensstedt den Deutschen Bundestag. Nach einer Spreefahrt bei Sonnenschein, tauschten sich die 26 Schüler und Schülerinnen mit einem meiner

Mitarbeiter aus. In dem Gespräch interessierten sich die Schüler vorwiegend für die Bundestagswahlen und die Voraussetzungen um ein Bundestagsabgeordneter zu werden. Aber auch die aktuelle Schulpolitik in Niedersachsen wurde diskutiert. Nach dem Gespräch besuchte die Gruppe noch Kuppel des Reichstags.



Die Klasse 9.4 der Emil-Langen-Realschule aus Salzgitter auf der Kuppel des Reichstages

Besuch der Haupt- und Realschule Sickinge im Deutschen Bundestag. Mit gleich zwei Klassen besuchten mich Schülerinnen und Schüler der siebten Stufe der HRS Sickinge am 17 Juni 2015 in Berlin. Die 13 bis 14 Jährigen lernten dabei eine Menge über Demokratie und politische Abläufe. Mit Ihnen sprach ich über meinen Beruf als Bundestagsabgeordneter.



Gemeinsam mit den 7ten Klassen der HRS Sickinge am Eisstand am Brandburger Tor

Besondere Neugierde zeigten die jungen Besucher auch für die Architektur des Deutschen Bundestages bei einem sonnigen



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Kuppelbesuch. Wegen der besonderen Hitze in Berlin, gab es für die ca. 40 Schülerinnen und Schüler anschließend noch eine Kugel Eis am Brandenburger Tor.



Die 40 Schülerinnen und Schüler auf dem Dach des Reichstages

Mittendrin im Wahlkreis 49

Diskussionsabend „Talk am Turm“ mit Uwe Lagosky. Zu einer Diskussionsveranstaltung der hatte ich am 28. Mai 2015 auf den Bismarcksturm in Salzgitter-Bad eingeladen. Nach einer kurzen Begrüßung durch den CDU-Kreisvorsitzenden Wolfgang Jainta, der die Veranstaltung moderierte, hatte ich die Gelegenheit ein kurzes Impulsreferat zu halten. Danach gaben die Teilnehmer die Themen des Abends vor.

Gesprochen wurde über die Tarifeinheit, den Streik der GDL, die Mütterrente, die Breitbandversorgung, die Leih- und Zeitarbeit sowie die Gleichgeschlechtliche-Ehe. Auch die Maut und die Vorratsdatenspeicherung standen auf der Agenda.

Das Gesprächsformat gab den Menschen vor Ort die Möglichkeit zu Wort zu kommen und zeigte mir, welche Themen die Bürger bewegen. Das gab mir die Gelegenheit eine Berliner-Sicht auf die Dinge zu geben. Gerne werde ich daher zu einer weiteren Veranstaltung einladen.

Daten und Fakten

Attraktiver Investitionsstandort Deutschland. Deutschland ist nach China und den USA der weltweit attraktivste Standort für Investoren.

Dies ergibt sich aus einer Befragung von 808 internationalen Entscheidungsträgern aus der Wirtschaft. Gute Noten erhält Deutschland dabei vor allem für seine Infrastruktur, die Qualifikation der Arbeitskräfte sowie das soziale Klima und die Stabilität des politischen Umfelds. Gleichzeitig gibt es Verbesserungsbedarf in der Aus- und Weiterbildung im Bereich Digitalisierung, der Steuerlast sowie beim Bürokratieabbau. Im Jahr 2014 realisierten ausländische Investoren 763 Projekte und schufen dabei etwa 11.300 neue Arbeitsplätze – ein Zuwachs um jeweils 9% gegenüber dem Vorjahr. Spitzenreiter bei der Zahl der Investitionen in Deutschland sind amerikanische, chinesische und schweizerische Unternehmen. (Quelle: EY Attractiveness Survey – Standort Deutschland 2015)

Praxisorientierung hilft beim Start in die Arbeitswelt. Jungen Menschen in Deutschland gelingt der Übergang von der Schule in das Berufsleben im internationalen Vergleich überaus gut. Der Anteil hochgebildeter 15- bis 29- Jähriger, die weder in Beschäftigung noch in Bildung oder Ausbildung sind, ist in Deutschland mit 5,7 Prozent so gering wie in kaum einem anderen OECD-Land. Auch unter den jungen Menschen mit mittlerer oder niedriger formaler Bildung ist dieser Anteil in Deutschland wesentlich kleiner als im OECD-Schnitt. Als Grund hierfür sieht die OECD vor allem die Praxisorientierung der beruflichen Bildung – in knapp drei Vierteln der Fälle werden dort im Rahmen einer Lehre praktische Kenntnisse erworben. Auch weiterführende Berufsausbildungen (etwa zu Kaufleuten oder Meistern) gehen fast vollständig mit berufsspezifischen Praxiseinheiten einher. Deutschland sei ein Vorbild, da sich hier Auszubildende mit den Anforderungen ihres Berufsfeldes vertraut machen und Kontakte zu Arbeitgebern knüpfen können, so OECD-Generalsekretär Gurría. (Quelle: OECD Skills Outlook 2015)



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Wussten Sie schon, dass...



Im Bundestag befindet sich viel internationale Kunst. In den Gebäuden werden Kunstwerke von Gerhard Richter, Joseph Beuys, Anselm Kiefer, Neo Rauch, Katharina Sieverding, Sigmar Polke, Markus Lüpertz, Georg Baselitz, Christo und 102 weiteren Künstlern ausgestellt.

Zum Schluss, doch nicht das Letzte

Tag der Begegnungen 2015. Gerne möchte ich junge Menschen im Alter von 18 bis 28 Jahre zu einer Veranstaltung vom 23. bis 25. September 2015 in Berlin zu Politik und Werte einladen. Unter der Schirmherrschaft des Bundestagspräsidenten Prof. Dr. Norbert Lammert finden die 23. Tage der Begegnung im Deutschen Bundestag statt.

Der Schirmherr Prof. Dr. Norbert Lammert bezeichnete die Tage der Begegnung respektvoll als „die älteste fraktionsübergreifende Initiative im Deutschen Bundestag“. Seit 1985 lädt ein überkonfessioneller Einladerkreis von Abgeordneten zu dieser Veranstaltung mit Referaten, Workshops und Gesprächen in den Deutschen Bundestag ein. Spitzenpolitiker, Journalisten, Wissenschaftler und Unternehmer denken nach über Glaube und Werte, unsere „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ (Präambel des Grundgesetzes) und stellen sich der Diskussion mit den etwa 180 Teilnehmern. Persönliche Begegnungen und Gespräche sollen dazu beitragen, die universelle Verantwortung für die Gestaltung unseres Gemeinwesens bewusst zu machen und einen authentischen Einblick in die Arbeit des Parlamentes und den Politikeralltag zu gewähren.

Gemeinsam mit den Parlamentskollegen lade ich junge Menschen aus dem Wahlkreis Salzgitter-Wolfenbüttel dazu ein, an dieser Tagung über

Glaube und Werte in Berlin teilzunehmen. Die Anzahl der Plätze ist begrenzt. Nähere Informationen gibt es unter www.tage-der-Begegnung.eu. Die Anmeldemöglichkeit kann über mein Abgeordneten-Büro erhalten werden.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU